

## Kleine Anfrage

der Abgeordneten Michael Hüttner, Martin Haller, Monika Fink, Marcel Hürter, Wolfgang Schwarz und Thorsten Wehner (SPD)

und

## Antwort

des Ministeriums des Innern, für Sport und Infrastruktur

### Wildunfälle

Die **Kleine Anfrage 1728** vom 4. Juli 2013 hat folgenden Wortlaut:

Die Zahl der Wildunfälle in Rheinland-Pfalz soll Medienberichten zufolge weiterhin auf einem hohen Niveau liegen. Im Rahmen der Woche der Verkehrssicherheit wurde auch noch einmal die Arbeit der Behörden zur Vermeidung von Wildunfällen vorgestellt. Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Erkenntnisse zu Zahl und Schwere der Wildunfälle in Rheinland-Pfalz liegen der Landesregierung vor?
2. Welche Kosten im Hinblick auf Schadensumfang und polizeiliche Einsätze entstehen nach Kenntnis der Landesregierung durch Wildunfälle?
3. Welche Möglichkeiten zur Verringerung der Zahl an Wildunfällen in Rheinland-Pfalz sieht die Landesregierung?

Das **Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 15. Juli 2013 wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Im Jahr 2012 wurden auf den klassifizierten Straßen landesweit 21 958 Wildunfälle statistisch erfasst. Dabei wurden 224 Personenschäden verletzt. Zwei Personen kamen dabei zu Tode.

Zu Frage 2:

Für das Jahr 2012 ergibt sich bei den Wildunfällen in Rheinland-Pfalz ein volkswirtschaftlicher Gesamtschaden von etwa 131 Mio. €. Die Kosten für polizeiliche Einsätze im Zusammenhang mit Wildunfällen können nur sehr grob geschätzt werden, da statistische Erhebungen nicht geführt werden. Der Zeiteinsatz für die Bearbeitung eines Verkehrsunfalls mit Wild wird auf durchschnittlich eine Arbeitsstunde geschätzt. Demnach ergeben sich für rund 20 000 Wildunfälle pro Jahr – im Rahmen einer Vollkostenrechnung – Personalkosten in Höhe von rund einer Million Euro jährlich.

Zu Frage 3:

Die Landesregierung führt eine Reihe verschiedener Maßnahmen gegen Wildunfälle durch. So wird durch Wildschutzzäune, Wildwarnreflektoren, Duftzäune und Äsungsfelder das Ziel verfolgt, das Wild von Fahrbahnen fernzuhalten. Grünbrücken schaffen derzeit an vier besonders exponierten Stellen im Land die Möglichkeit für das Wild, die Fahrbahn gefahrlos zu überqueren und damit ohne Unfallgefahr für die Autofahrer zu queren. Darüber hinaus wird an die Vernunft der Verkehrsteilnehmer appelliert, sich verkehrsgerecht zu verhalten. Hierzu zählt beispielsweise eine Plakataktion an besonders auffälligen Strecken, um die Verkehrsteilnehmer auf die besondere Gefahr durch Wildunfälle hinzuweisen. Derzeit wird zudem an verschiedenen Versuchsstrecken die Wirksamkeit neuartiger Maßnahmen getestet. Hierzu zählen blaue Wildwarnreflektoren an Leitpfosten, um das Wild vor herannahenden Fahrzeugen abzuschrecken, rote Dreiecke aus Holzplatten, die aktuelle Unfallstellen markieren und so eine erhöhte Aufmerksamkeit der Verkehrsteilnehmer herbeiführen sollen sowie Hinweistafel auf Strecken mit erhöhter Wildunfallgefahr, um das Fahrverhalten der Verkehrsteilnehmer anzupassen. Die Wirksamkeit dieser Maßnahmen wird derzeit durch eine entsprechende Untersuchung in einem Zeitraum von zwei Jahren bewertet.

Roger Lewentz  
Staatsminister